

Namibia

Historische Grunddaten

9.2.1990	Die künftige Präsidialverfassung wird verabschiedet.
16.2.1990	Sam Nujoma wird zum Präsidenten gewählt.
21.3.1990	Nach 116 Jahren Fremdherrschaft offizielle Unabhängigkeit Namibias von der Republik Südafrika
21.3.1990	Mitgliedschaft in der <i>Organisation of African Unity</i> (OAU), im <i>Commonwealth</i> sowie in der Blockfreienbewegung
1.4.1990	Aufnahme in die <i>Southern African Development Coordination Conference</i> (SADCC)
23.4.1990	Namibia wird 160. Mitglied der UNO.
1.9.1990	Offizieller Beitritt zur Gruppierung der Frontlinienstaaten (FLS)
19.12.1990	Namibia wird in die Gruppe der mit der EG assoziierten AKP-Staaten aufgenommen.
17.8.1992	Gründung der <i>Southern African Development Community</i> (SADC) in Windhuk als Nachfolgeorganisation der SADCC
23.1.1993	Beitritt als 19. Mitgliedsland zur <i>Preferential Trade Area for Eastern and Southern Africa</i> (PTA)
5.11.1993	Die 15 Mitgliedsstaaten der PTA vereinbaren in Kampala (Uganda) die Schaffung eines gemeinsamen Marktes bis zum Jahr 2000.
1.1.1994	Der Namibier Kaire Mbuende tritt sein Amt als Generalsekretär der SADC an.
28.2.1994	Die südafrikanische Exklave Walvis Bay und 12 kleinere, der Küste vorgelagerte Inseln werden in das namibische Staatsgebiet eingegliedert.
18.10.1994	Ein der UNITA zugeschriebener Überfall auf namibisches Staatsgebiet, bei dem mehrere Zivilpersonen getötet werden, wird mit der Schließung der Grenze zu dem von der UNITA kontrollierten Südosten Angolas und einer verstärkten Militärpräsenz im Norden beantwortet.
7./8.12.1994	Bei Parlamentswahlen erreicht die <i>South West African People's Organisation</i> (SWAPO) eine Zweidrittelmehrheit, Nujoma wird mit 76,3 % für weitere 5 Jahre im Amt bestätigt.
8.12.1994	Auf einem Gipfeltreffen in Malawi wird der <i>Common Market for Eastern and Southern Africa</i> (COMESA) als Nachfolgeorganisation der PTA offiziell ins Leben gerufen.
15.2.1995	Namibia und Botswana einigen sich darauf, ihren Grenzstreit um die 3,5 km ² große Insel Kasikili vor dem Internationalen Gerichtshof zu klären, der Mitte Dezember 1999 zu Gunsten von Botswana entschied.
14.5.1995	Heftig umstrittene Reise des Präsidenten nach Lagos zu Gesprächen mit dem Abacha-Regime
Aug. 1998	Ohne das Kabinett oder den Verteidigungsminister zu informieren, entschließt sich Nujoma zu einem militärischen Engagement im Kongo-Krieg auf der Seite von Präsident Kabila.
Okt. 1998	Beginn einer Flüchtlingswelle von sog. Sezessionisten aus dem Caprivi nach Botswana
3.12.1998	Mit der Bombardierung von Gebieten der UNITA durch die MPLA-Regierung in Angola flammt der Bürgerkrieg wieder auf.
7.12.1998	Verfassungsänderung ermöglicht Nujoma eine dritte Amtsperiode.
1.1.1999	Namibia wird nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.
26.2.1999	Das UN-Mandat MONUA für Angola und damit auch Namibias Engagement mit ca. 150 Soldaten in der Friedenstruppe ist offiziell beendet.
10.-12.3.1999	Ein Staatsbesuch von Präsident Nujoma in Botswana dient der Verbesserung der bilateralen Beziehungen.
9.4.1999	In Luanda unterzeichnen Namibia, Angola, Simbabwe und die Dem. Rep. Kongo ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen.

10.7.1999	Nach langwierigen Verhandlungen wird in Lusaka ein Waffenstillstandsabkommen von Präsident Kabila und den Staatschefs von Angola, Namibia, Ruanda, Uganda und Simbabwe unterzeichnet, nicht aber von Vertretern der Rebellen.
2.8.1999	Bei einem bewaffneten Überfall der sog. <i>Caprivi Liberation Army</i> auf Regierungsgebäude in Katima Mulilo (Ost-Caprivi) werden mind. 14 Menschen getötet. Die Präsidenten von Namibia, Sambia und Botswana wollen im Kampf gegen die sog. Sezessionisten künftig eng zusammenarbeiten.
30.11./1.12.1999	Bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen entfallen auf die SWAPO 76 %, Nujoma wird mit 77 % im Amt bestätigt.
Dez. 1999	Namibia gestattet angolanischen Regierungstruppen den Kampf gegen die UNITA vom eigenen Territorium aus.

Grundstrategien

Namibia konnte nach Erlangung der Unabhängigkeit im März 1990 im Bereich der Außenpolitik nicht auf eine Vorläuferinstitution der Interims-Regierung zurückgreifen, sondern musste seinen auswärtigen Dienst neu aufbauen. Dementsprechend zeigte Namibia zunächst wenig außenpolitisches Profil. Als Patenkind der Vereinten Nationen wurde jedoch der Beitritt zu den UN und ihren Sonderorganisationen sowie einer Reihe weiterer internationaler Organisationen mit Priorität umgesetzt. Namibia zählt innerhalb der UN wie der OAU zu den pünktlichen Beitragszahlern und beteiligt sich mit bescheidenen Mitteln auch an friedenserhaltenden Maßnahmen. Neben der Vertretung der in Artikel 96 der Verfassung vorgegebenen generellen außenpolitischen Grundsätze – Blockfreiheit, Förderung internationaler Zusammenarbeit, des Friedens und der Sicherheit, Respektierung des Völkerrechts und vertraglicher Verpflichtungen sowie friedliche Lösung von Konflikten – muss das Außenministerium wegen der beschränkten finanziellen Mittel Prioritäten setzen. Vorrangiges Ziel namibischer Außenpolitik ist nach wiederholter Bekundung von Außenminister Theo-Ben Gurirab eine *Economic Diplomacy*, d. h. Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, welche durch die Pflege der Beziehungen zu den wichtigeren Partnern unterstützt werden soll. Diesem Ziel dient das besondere Bemühen um eine verstärkte regionale Kooperation im südlichen Afrika, v. a. im Rahmen der SADC. Namibias engagierte Rolle innerhalb der SADC macht deutlich, dass man in einer vertieften wirtschaftlichen Regionalkooperation die beste Möglichkeit sieht, um nach dem Ende des Ost-West Konflikts nicht marginalisiert zu werden. Unter dem Vorzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung steht auch die Pflege der Beziehungen zu außerafrikanischen Partnern, v. a. zu den EU-Staaten und den USA. In den letzten Jahren bemüht sich Namibia verstärkt um eine Intensivierung der vornehmlich wirtschaftlichen Kontakte nach Südostasien.

Namibia konnte seine außenpolitische Rolle in den letzten Jahren deutlich aufwerten und gewinnt auf multilateraler Ebene durch eine aktive Beteiligung an der Reformdebatte in den UN, integrationsfördernde Initiativen innerhalb der SADC und konstruktive Positionen innerhalb der OAU an außenpolitischem Profil. Die auf Ausgleich und regionale Integration ausgerichtete namibische Außenpolitik trifft im regionalen wie internationalen Umfeld auf Anerkennung, wie die Wahl des Namibiers Dr. Kaire Mbuende zum Generalsekretär der SADC am 1.1.1994 verdeutlichte. Seit Januar 1999 für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat vertreten, stellt Namibia mit Außenminister Theo-Ben Gurirab zudem den Präsidenten der 54. UN-Vollversammlung.

Die außenpolitische Wirkung Namibias profitiert von seiner Modellfunktion als funktionierende afrikanische Demokratie für andere Staaten des Kontinents. In nüchterner Selbsteinschätzung des zur Verfügung stehenden geringen Einflusses versucht Namibia,

diese Modellfunktion nicht nur regional, sondern zunehmend auch international zu nutzen. In letzter Zeit kommen jedoch durch die innenpolitische Entwicklung an dieser Modellfunktion zunehmend Zweifel auf (s. u.). Ein zweiter Faktor seiner Außenwirkung besteht in dem Ansehen, welches sein seit Jahrzehnten international erfahrener Außenminister Theo-Ben Gurirab genießt. Gurirab hat sich in der Vergangenheit nur selten zu Grundsatzfragen geäußert, sondern unterließ stets eine pragmatische Positionsbestimmung im Interesse des Landes. Um so ungewöhnlicher war sein Grundsatzartikel »A call for reawakening and reflection«, der am 13.6.1997 in der wichtigsten Tageszeitung *The Namibian* veröffentlicht wurde. Er erinnert darin an die politischen Leitlinien Che Guevaras, die für Entwicklungsländer nach wie vor Gültigkeit besäßen. Bemerkungen zur Entwicklungshilfe wie »neocolonialist consultants with destructive agendas«, die Bezeichnung der namibischen Börse als »exclusive and recycled business cabal from the old dispensation« sowie eine unverhüllte Absage an die Menschenrechtspolitik des Westens zeigen die emotionellen Antriebskräfte der namibischen Außenpolitik. Dass es sich dabei nicht nur um Wortgeklingel handelt, wird z. B. deutlich am Umgang mit Nigeria und an der rückhaltlosen Unterstützung Kabilas (s. u.).

Entscheidungsprozesse

Im äußeren Erscheinungsbild ist Namibia ein demokratischer Rechtsstaat mit weitgehender Beachtung der in der Verfassung verankerten Grundrechte. Allerdings verstärken sich Tendenzen zu einer autokratischen Herrschaft von Partei- und Staatspräsident Sam Nujoma und der alles dominierenden Regierungspartei SWAPO, die seit der Unabhängigkeit bei demokratischen Wahlen ihr Gewicht kontinuierlich gesteigert hat und seit 1995 in beiden Kammern über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, die sie auch in den Parlamentswahlen Ende 1999 behaupten konnte. Obwohl viele SWAPO-Funktionäre mit einer Reihe politischer Weichenstellungen des alle wichtigen Themen selbst entscheidenden Präsidenten nicht einverstanden sind, wagt aus Sorge um die eigene privilegierte Stellung praktisch niemand, dem Präsidenten zu widersprechen.

Da die Parlamentssitze der Regierungspartei fast ausschließlich mit Ministern und Vizeministern besetzt sind, wird die Trennung von Exekutive und Legislative erheblich verwischt. Die Machtbalance zwischen Parlament, Zweiter Kammer und Kabinett existiert nur noch auf dem Papier, eine parlamentarische Kontrolle ist praktisch nicht mehr gegeben. Auch die zersplitterte und unter sich zerstrittene Opposition, die sich fast ausschließlich aus ethnischen Minoritäten rekrutiert, stellt keinerlei Herausforderung für die mit ca. 55 bis 60 % stimmenmäßig dominierende Ovambo-Volksgruppe und ihrer Partei SWAPO dar. Ansätze, die Dominanz der Regierungspartei zu brechen, gibt es immer wieder. Meist handelt es sich dabei jedoch nur um eine Plattform für einzelne Personen, die nach Partei-Gründung die Politik der SWAPO-Regierung kritisieren und bald darauf von der politischen Bildfläche verschwinden. Eine Ausnahme hiervon ist die im März 1999 erfolgte Gründung der Partei des COD (Congress of Democrats) durch Ben Ulenga, ehemals Mitglied des SWAPO-Zentralkomitee und namibischer High Commissioner in London. In den Parlamentswahlen 1999 konnte sich der COD mit 10 % als zweitgrößte politische Kraft etablieren.

Die Ausrichtung aller Entscheidungsprozesse auf Nujoma und eine damit einhergehende zunehmend eingeschränktere Ressortverantwortung der Minister zu Gunsten des Präsidialamtes zeigt sich auch im Außenministerium, das an wichtigen außenpolitischen Entscheidungen nicht mehr beteiligt ist. Kennzeichnend für die alles beherrschende Stellung von Präsident Nujoma, der sein Amt Ende 1999 automatisch hätte abgeben müs-

sen, ist die Ende 1998 erfolgte Verfassungsänderung zur Ermöglichung einer dritten Amtszeit. Zwar sollte damit ausschließlich Nujoma die dritte Amtsperiode ermöglicht werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit dies nur der erste Schritt war, Nujoma in 5 Jahren, wie in vielen afrikanischen Staaten üblich, zum Präsidenten auf Lebenszeit zu erheben.

Politik im regionalen, kontinentalen und globalen Umfeld

Der Schwerpunkt namibischer Außenpolitik liegt auf der Region des südlichen Afrika und hierbei besonders in den Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Südafrika. Wegen der engen wirtschaftlichen Bindung durch Zollunion und Koppelung der Währungen genießt das Verhältnis zum größten und wichtigsten Nachbarn erste Priorität, ca. 90 % der Konsumgüter werden von dort importiert. Aus namibischer Sicht kommt Südafrika für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration im südlichen Afrika eine Schlüsselrolle zu. Namibias Verhältnis zu Südafrika, auch innerhalb der SADC, ist geprägt von vorbildlicher Pragmatik, wenngleich in den letzten Jahren angesichts eines als zu dominierend empfundenen Nachbarn das Bemühen um eine Diversifizierung der Außenwirtschaftsbeziehungen deutlich wird. Der pragmatische und sachliche Umgang der beiden Länder bei der Pflege ihrer bilateralen Beziehungen wurde besonders deutlich bei der Behandlung des politischen Problemthemas Walvis Bay, laut Verfassung integraler Bestandteil des namibischen Staatsgebietes. Nach einer vorübergehenden gemeinsamen Verwaltung fand die Übergabe der südafrikanischen Exklave an Namibia am 28.2.1994 statt, obwohl zu diesem Zeitpunkt über Entschädigungsforderungen Südafrikas noch keine Einigung erzielt worden war. Gute Beziehungen unterhält Namibia auch zu Malawi, Mosambik, Tansania und zu Sambia. Ansatzpunkte für eine konkretere Zusammenarbeit mit diesen Staaten sind jedoch wegen deren schlechter Wirtschaftslage spärlich. Das Verhältnis zu Simbabwe hat sich nach schwierigem Beginn auf Grund der Bedenken Mugabes gegenüber der Hinwendung Namibias zu einer rein marktwirtschaftlichen Ordnung und dem pragmatischen Kurs gegenüber SA schnell normalisiert und wurde zunehmend enger und freundschaftlicher.

Von besonderer Wichtigkeit schon allein wegen seiner potentiellen wirtschaftlichen Bedeutung ist der nördliche Nachbar Angola. Die Position Namibias in der Angola-Frage war immer delikat, da die SWAPO während des Unabhängigkeitskampfes von der MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) erhebliche Unterstützung erfahren hat. Dennoch hat sich Namibia lange Zeit als Vermittler in dem Konflikt angeboten und um eine Vertrauensstellung auch zu Savimbi und seiner UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola) geworben, beides allerdings mit wenig Erfolg. Seit dem Wiederaufflammen des angolischen Bürgerkrieges im Dezember 1998 hat sich Namibia deutlich hinter Dos Santos und die MPLA-Regierung gestellt und im Dezember 1999 Regierungstruppen den Kampf gegen die UNITA von namibischem Territorium aus gestattet und damit den Norden des eigenen Landes zu einem Schauplatz des angolischen Bürgerkrieges gemacht. Flüchtlingsbewegungen und gewaltsame Übergriffe über die seit 1994 geschlossene Grenze hinweg sind bereits ernste Probleme, die im Falle einer Eskalation auch die Sicherheit und politische Stabilität des eigenen Landes bedrohen könnten.

Nicht störungsfrei sind die Kontakte zu Botswana, das durch seine Binnenlage ein natürlicher Partner Namibias vor allem in allen Fragen der Infrastruktur und des Handels ist. Andauernde Grenzstreitigkeiten im Nordosten über wirtschaftlich wertlose Inseln haben das Verhältnis der beiden Staaten zueinander nicht ernsthaft beeinträchtigt.

Irritationen haben jedoch namibische Pläne über den Bau einer Pipeline und das Abschöpfen von 20 Mio. cm³ Wasser aus dem Grenzfluss Kavango verursacht, das im Widerspruch zu einem Abkommen über die Nutzung des Kavango-Wassers steht, welches im September 1994 von Namibia, Botswana und Angola unterzeichnet wurde. Eine Belastung des Verhältnisses verursachte jüngst eine secessionistische Gruppe von 104 Capriviern unter der Führung des ehemaligen parlamentarischen Oppositionsführers Mishake Muyongo und des traditionellen Chiefs Mamili, die in Botswana um politisches Asyl gebeten hatten. Weitere 2.400 als unpolitisch einzustufende Personen sind ihnen gefolgt. Zur Empörung der namibischen Regierung, die die Auslieferung der 14 »Rädelsführer« verlangte, wurde diesen im Februar 1999 von Botswana politisches Asyl gewährt. Nach einem Überfall der Sezessionisten auf Regierungsgebäude im Caprivi im August 1999 haben die Präsidenten von Namibia, Botswana und Sambia ihre Bereitschaft erklärt, bei der Lösung des Konflikts eng zusammenzuarbeiten.

Über die Subregion hinaus hat Namibia v. a. sein Verhältnis zum größten und wichtigsten schwarzafrikanischen Staat, Nigeria, gepflegt. Namibia setzte sich im Gegensatz zum Commonwealth und zur europäischen Position für eine deutlich andere, dialogbereitere Position gegenüber dem Regime in Lagos ein und dokumentierte dies durch einen Besuch Nujomas beim nigerianischen Diktator Sani Abacha 1995. Namibia hat dabei unterstrichen, dass es in der Lage ist, selbstbewusst eigene Positionen zu entwickeln. Fragwürdig dabei war jedoch die Formulierung einer Presseerklärung, die das herzliche Verhältnis zwischen beiden Ländern unterstrich und die innenpolitische Situation Nigerias zum damaligen Zeitpunkt mit keinem Wort erwähnte. Auffällig in der namibischen Außenpolitik auf dem Kontinent ist auch die betonte Unterstützung für das Regime Kabila in der Dem. Rep. Kongo, die ihren Ausdruck bereits durch den erfolgreichen Einsatz zu Gunsten einer SADC-Mitgliedschaft Kongos fand und in der militärischen Unterstützung Kabilas mit 2.000 Soldaten (25 % des namibischen Militärs) und entsprechend umfangreichem Kriegsgerät gipfelt. Als Grund für dieses Engagement kann eine von Nujoma angestrebte Allianz der »old boys« (Nujoma, Mugabe, Dos Santos, Kabila), die den Sturz einer legitimen Regierung durch interne Rebellion nicht duldet, sowie die Bildung eines Gegengewichts innerhalb der SADC gegen das dominante Südafrika sowie vermutet werden. In der Hoffnung auf eine baldige Beendigung des kostspieligen Engagements im Kongo strebte Namibia in letzter Zeit eine aktivere Rolle bei den Friedensbemühungen an. Ein im Juli 1999 unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen hatte aber keinen Bestand.

Die außenpolitischen Interessen außerhalb des afrikanischen Kontinents konzentrieren sich auf die Pflege der Beziehungen zu Europa. Hierbei stehen Überlegungen der Förderung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung eindeutig im Vordergrund. Insbesondere die EU-Staaten werden auf Grund deren erheblicher Leistungen im Rahmen des Lomé-Abkommens v. a. unter dem Aspekt ihrer Rolle als wichtigste Entwicklungshilfegeber umworben. Neben Großbritannien, das nicht zuletzt wegen der Verbindungen über das Commonwealth von besonderer Wichtigkeit ist, unterhält Namibia enge und freundschaftliche Beziehungen zu den skandinavischen Ländern, v. a. zu Norwegen, Schweden und Finnland, die auf deren Unterstützung während des Befreiungskampfes basieren und ihren Ausdruck in einem überproportionalen entwicklungspolitischen Einsatz finden. Die Beziehungen zur BRD gestalteten sich unmittelbar nach der Unabhängigkeit vor dem Hintergrund der deutschen Kolonialvergangenheit und dem angespannten Verhältnis eines Teils des politischen Spektrums der BRD zur SWAPO zu Zeiten des Befreiungskampfes zunächst schwierig. Inzwischen verbindet Namibia eine besondere bilaterale Beziehung mit der BRD, die in der besonders engen entwicklungspolitischen

Zusammenarbeit dokumentiert ist. Die Beziehungen zu den USA sind nach einem intensiven Besucheraustausch in den Jahren 1991–1993 mit dem Höhepunkt der Einladung von Staatspräsident Sam Nujoma als erstem afrikanischen Führer durch Präsident Clinton nach Washington und dem dabei ausgesprochenen Lob des US-Präsidenten für die Vorbildfunktion der namibischen Politik solide und gefestigt. Nach der BRD und der EU sind die USA mittlerweile in die Position des drittgrößten Gebers aufgerückt.

Die Beziehungen zu den Ländern des früheren Ostblocks, die unter anderen weltpolitischen Vorzeichen zweifellos sehr intensiv geworden wären, sind dagegen fast bedeutungslos geblieben. Frühere ideologische Grundsätze wurden nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa schnell aufgegeben, viele ehemalige Verbündete können und wollen die ihnen ursprünglich zugeordnete Rolle heute nicht mehr wahrnehmen. Traditionell gute Beziehungen unterhält Namibia zu Indien, dem die namibische Außenpolitik im Rahmen einer angestrebten verstärkten Süd-Süd-Kooperation eine besondere Bedeutung beimisst. Die zuvor sehr freundschaftlichen Beziehungen zu Taiwan sind seit der Erhöhung der entwicklungspolitischen Leistungen der VR China im Rahmen ihrer neuen Afrikapolitik seit 1995 und der von Namibia verfolgten Politik des *One China* nicht mehr wahrnehmbar. In den letzten Jahren bemüht sich Namibia verstärkt um eine Intensivierung der Beziehungen zu Südostasien, v. a. zu jenen Ländern, die den Sprung vom Entwicklungsland zum Industrieschwellenland geschafft haben.

Andreas E. Eckl

Literatur

Evans, G. (1993) »A New Small State with a Powerful Neighbour – Namibia–South-Africa Relations since Independence«, *Journal of Modern African Studies* V 31 (N1), S. 131–148.

Halbach, Axel J. (2000) *Namibia. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft nach zehn Jahren Unabhängigkeit* (Windhuk/München, Namibia Wissenschaftliche Gesellschaft & Weltforumverlag).

Melber, Henning (1990ff.) »Namibia« in Institut für Afrika-Kunde und Rolf Hofmeier (Hg.) *Afrika Jahrbuch* (Opladen, Leske & Budrich).

Munzinger, Ludwig (Hg.) (1990ff.) »Namibia« in *Munzinger-Archiv / Internationales Handbuch Zeitarchiv – Länder Aktuell* (Lose Blattsammlung).

Andreas E. Eckl, geb. 1968, studierte Afrikanistik, Politikwissenschaft und Neuere und Mittlere Geschichte in Regensburg, Paris und Köln. Seit 1998 ist er Mitarbeiter im SFB 389 »Kultur- und Landschaftswandel im ariden Afrika« an der Universität zu Köln und mit der Untersuchung von Fragen der Identität und Nationsbildung in Nord-Namibia beschäftigt.